

Deutschland in bester Verfassung?

Harry Thomas, Mitglied des Vorstandes

Im Programm der Partei DIE LINKE ist festgeschrieben: »Wir wollen die Grundrechte und Ansprüche verwirklichen, die das Grundgesetz formuliert: Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichberechtigung aller Menschen. Die Bundesrepublik Deutschland soll ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein.«

DIE LINKE strebt eine Grundgesetzdiskussion an mit dem Ziel, eine neue, gesamtdeutsche fortschrittliche Verfassung des Landes mit europäischer Perspektive zu erkämpfen. Mit einer »Konferenz zu Gesetz und Gesellschaft«, veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit den Fraktionen DIE LINKE im Deutschen Bundestag, im Landtag Brandenburg und im Hessischen Landtag am 23. Mai 2012 an historischer Stätte in Potsdam-Ceciliengarten wurde ein vielversprechender Auftakt zur längst fälligen Verfassungsdiskussion in Deutschland gestartet. Fachliche Kompetenz war eingeladen und so erschienen u.a.: Christian Bommarius, Hans-Otto Bräutigam, Manfred Coppick, Klaus Emmerich, Gregor Gysi, Kerstin Kaiser, Martin Kutschka, Wolfgang Nesovic, Franz Sodann, Volkmar Schöneburg, Ulrich Wilken – und alles moderierte Luc Jochimsen.

Es war eine interessante und inhaltsreiche Mischung von Vortrag, Diskussion und Podiumsgesprächen. Vorgesehen ist, die Konferenzbeiträge in Verantwortung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Interessierten in einer Dokumentation zusammengefasst broschiert oder auszugsweise im Internet zur Verfügung zu stellen.

Ausgangspunkt der Diskussion war der Gedanke, dass immerhin das dritte Jahrzehnt seit der Vereinigung beider deutscher Staaten begonnen hat und die Zeit reif ist, um in eine Verfassungsdiskussion einzutreten. An deren Ende soll eine Verfassung in Kraft treten, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Drei Diskussionsprobleme prägten den Gesamteindruck der Konferenz:

1. Durch Gregor Gysi wurde anlässlich der Konferenz eine Erklärung der Partei DIE LINKE vorgestellt, in der es heißt: »Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde als Provisorium für die BRD geschaffen. Es wurde

in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 von den Volksvertretungen der beteiligten deutschen Länder mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 betrachtete Deutschland als unteilbare demokratische Republik. Der Artikel 146 Grundgesetz erklärt: »Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

Die hier in Potsdam am 23. Mai zusammengekommenen Persönlichkeiten vertreten die Meinung, dass die Zeit reif ist, den Artikel 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen. Zahlreiche Fragen lässt das Grundgesetz unberücksichtigt, die bereits in den Länderverfassungen, die unter demokratischer Beteiligung der Bevölkerung verabschiedet wurden, enthalten sind.

Zu den offenen Fragen gehören insbesondere: die Aufnahme sozialer Grundrechte und die Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips; ein striktes Verbot der Privatisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge; das Verfahren der Volksgesetzgebung; die Festlegung der Bundesrepublik auf die Friedensstaatlichkeit; keine Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland; Antifaschismusklausel; die Aufnahme von Kinderrechten; ein striktes Verbot des Betriebes von Atomkraftwerken.« (vgl. www.die-linke.de)

2. Damit wurde die Frage aufgeworfen und debattiert, ob denn eine neue Verfassung notwendig und die Zeit dafür reif sei. Einmütig wurde festgestellt: Ja, die Zeit ist reif, sogar überreif für eine neue Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Das hat etwas überrascht, denn die allgemeine, konservativ geprägte Auffassung, ist, das Grundgesetz der BRD sei seit dem Eingangsvertrag und den 2 + 4-Vereinbarungen das Gesetz non plus ultra für ganz Deutschland. Dem ist eben nicht so und das ist nicht nur unterschiedlichen Ausgangspositionen in den damaligen Besatzungszonen in Deutschland geschuldet. Spätestens nach der Konferenz von

Jalta verfolgten die USA und Großbritannien eine Politik und Militärstrategie, in der Deutschland nach wie vor die Speerspitze gegen die Sowjetunion zu sein hatte. Deutschland wurde unbedingt gebraucht. Durchaus fortschrittliche und vom Volke beförderte Verfassungsentwürfe in Hessen, Baden -Württemberg und Nordrhein-Westfalen wurden »US-alliiert« ausgebremst.

Der Entwurf der Verfassung des Parlamentarischen Rates für die Westzonen wurde von den USA und Großbritannien mehrmals »korrigiert«, bis er stimmte. Damit wurden die grundgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um die Restauration des deutschen Imperialismus und Militarismus zu bewerkstelligen. Nur so konnte die BRD zum Hauptverbündeten der USA in der NATO und zur stärksten Militärmacht in Westeuropa werden. Das Grundgesetz, das diese Entwicklung beförderte, gehört abgeschafft, auch wenn es durchaus positive Inhalte und Ansätze aufweist.

3. Sozialstaatliche Festlegungen enthält das Grundgesetz keine, einklagbare soziale Rechte gibt es nicht. Übrigens sei das Grundgesetz seit seinem Inkrafttreten 1949 in etwa 50 Ergänzungs- und Änderungsgesetzen angepasst und verändert worden. Eine solch elementare Veränderung der Situation, wie sie durch den Beitritt der DDR entstanden ist, müsse seine Widerspiegelung finden.

Auf der Konferenz wurde natürlich auch deutlich, dass es zur Verfassungswürdigkeit sozialer Rechte unterschiedliche Auffassungen gibt. Verfassungsrechtler verschiedener Couleur bemühen sich zu definieren, dass soziale Rechte in einer Verfassung zu einem Klein-Klein führen würden. DIE LINKE ist der Auffassung, dass gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen des stetigen Sozialabbaus solche Festlegungen und Rechte entsprechend dem Zeitgeist in eine Verfassung gehören. Das entspricht auch den Interessen von ISOR. Insofern soll der Beitrag Mitglieder, Freunde und Sympathisanten anregen, sich durch Leserzuschriften an die Veranstanter an der Diskussion zu beteiligen, um unseren Kampf für soziale und Rentengerechtigkeit zu unterstützen. □

Letzte Meldung:

Sieg der Vernunft: Gegen eine Revision der Bundeswehr entschied der Bundesgerichtshof kürzlich, dass der weltweit geachtete Eiskunstlauftrainer Ingo Steuer wieder Sportsoldaten der Bundeswehr trainieren darf. Der vierfache Weltmeister Robin Szolkowy war sogar aus der Bundeswehr entlassen worden, weil Ingo Steuer ein solches Training untersagt worden war. Ingo Steuer war 2006 wegen einer damals bereits 17 Jahre zurück liegenden IM-Tätigkeit denunziert und deshalb aus der Bundeswehr entlassen worden. Seine Teilnahme an den Olympischen Spielen 2006 musste er sich vor Gericht erstreiten.

W.S.

»Wir über uns«

Manfred Volland, Mitglied des Vorstandes

So ist ein soeben herausgegebenes Buch betitelt, welches sich mit einem spezifischen Thema der NVA beschäftigt.

Wer sind wir? Was wollen wir über uns im Interesse der Wahrheitsfindung mitteilen und hinterlassen?

Wir, das sind Politoffiziere der NVA, die an der Seite der Kommandeure, Chefs und Leiter die politische Arbeit zur Erziehung bewusster, überzeugter Staatsbürger leisteten, damit diese mit Überzeugung und hoher militärischer Meisterschaft ihr Vaterland die DDR schützen und verteidigen. Dazu zählen die Politoffiziere der Truppe, der Lehrinrichtungen, die Partei-, FDJ-, Sport- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch die vielen kulturell tätigen Kräfte.

Über dieses Wirken der Politorgane in der NVA wurde in der Vergangenheit wenig, und oft nur Entstelltes, Unwahres und Falsches verkündet. In der Diktion der herrschenden Meinungsfabrikanten werden wir Politarbeiter der NVA oft als die »Roten Kommissare« bezeichnet, die die Kommandeure zu überwachen hatten, die dem eigentlichen Militärwesen gegenüberstanden, Reformen bremsten, schwache militärische Kenntnisse hatten und unsere Hauptaufgabe nur darin sahen, die »Linie der Partei zu sichern und durchzusetzen.« Wir Autoren haben uns die Aufgabe gestellt, die Wahrheit über unsere Tätigkeit niederzuschreiben. Auf keinen Fall wollten wir Bekanntes und Dokumentarisches, was nach 1990 archiviert wurde und dort nachzulesen ist, wiederholen.

Jahrzehnte haben wir in den verschiedensten Dienststellungen für die politische Arbeit die Verantwortung getragen. Deshalb kennen wir das vielseitige Leben unserer Armee gut.

Wir versuchen, aus der heutigen Sicht mit dem gebührenden Abstand von mehr als 20 Jahren die Wahrheit entgegen allen Entstellungen darzustellen. Wir wissen, dass eine solche Tätigkeit sowohl von Erfolg als auch von Misserfolg begleitet war. Dazu stehen wir auch 20 Jahre nach Auflösung der NVA. Aber wir haben ein Recht, darauf zu verweisen, was wir in 34 Jahren der Existenz der NVA gemeinsam mit Tausenden Berufs-, und Zeitsoldaten, mit Zehntausenden Wehrpflichtigen für den Schutz unseres Landes, für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit geleistet haben. Der bekannte Militärjournalist Oberst a.D. Dr. Wolfgang Wünsche, der maßgeblich an der Herausgabe dieser Niederschrift beteiligt war und leider kurz vor deren Vollendung verstorben ist, bemerkt in seinem Vorwort: »Die Autoren sind keine Historiker, aber Zeitzeugen. Ihre Niederschriften sprechen für Authentizität.

Veröffentlichungen dagegen, geschrieben von Autoren, die nie in der NVA gedient haben, die sich nur auf Archivalien als Quelle verlassen, diese aber mit dem Anspruch auf »Kernkompetenz« deuten, enthalten Manipulationen der geschichtlichen Tatsachen und entstellen somit die geschichtliche Wahrheit.«

Unsere Niederschrift gilt vor allem den »nachfolgenden Generationen«. Sie ist gedacht für unsere Kinder, Enkel und Urenkel. Das ist aber zu wenig. Sie ist ja nicht nur für Familienbibliotheken gedacht und damit einem beschränkten Personenkreis gewidmet. Eine solche Schrift gehört nach unserer Meinung in die Archive und Bibliotheken des linken Spektrums unseres Landes. Die Autoren wollen es allen linken Parteien und Vereinen übergeben. Vorgesehen sind Exemplare für ISOR, den Tradi-

tionsverband der NVA, die GRH und GBM, das OKV, die Partei »Die LINKE«, die KPD, die DKP, den Förderverein »RotFuchs«, die »Rosa Luxemburg Stiftung«, die Redaktionen von »Junge Welt« und »Neues Deutschland«. Dieses Buch ist im Eigenverlag entstanden und die Unkosten werden von Autoren getragen, es ist nicht für den öffentlichen Vertrieb bestimmt. Wir danken der Redaktion von »ISOR aktuell« für die Möglichkeit, unser Anliegen zu veröffentlichen und bekannt zu machen. Sollten Freunde von ISOR Interesse bekunden, so können sie ein Exemplar über unsere Geschäftsstelle für einen Kostenbeitrag von 10,- € erwerben. In Kenntnis unseres Vorhabens gab es Wortmeldungen, das Begonnene durch weitere Berichte und Schilderungen fortzusetzen. Darüber nachzudenken, ist sicher lohnenswert.

Wir hoffen, mit der Herausgabe dieses Buches eine weitere Lücke in der Wahrheitsfindung über unsere Vergangenheit geschlossen zu haben. □



Auf der im April 2012 stattgefundenen Mitgliederversammlung der TIG Magdeburg standen im Mittelpunkt die Entscheidungen des BSG vom 14.12.2011 und der Stand der Vorbereitung einer Verfassungsbeschwerde. Das ISOR-Vorstandsmitglied Dr. Rainer Rothe informierte als Augenzeuge über den Prozessablauf beim BSG in Kassel. Voreingenommenheit, Ignorieren von sozialwissenschaftlichen Gutachten und der Übernahme von politischen Haltungen der Exekutive und Legislative in der BRD führten zu den politisch gewollten rechtlichen Entscheidungen in Kassel. Die Urteile der Sozialgerichte unterschiedlicher Instanzen sind ein klarer Ausdruck für eine praktizierende Klassenjustiz, der es an Objektivität mangelt muss. Wir sind der Überzeugung, dass vor uns nochmals ein langer Prozesszeitraum steht, dessen Ende mit einer akzeptablen Entscheidung für die vom § 7 AAÜG betroffenen Personen noch völlig offen ist. Bei aller Kompliziertheit der Lage sind Zweifel und ein Resignieren in unseren Reihen nicht angebracht. Darauf setzen nur unsere politischen Gegner. Der Solidaritätsgedanke für unseren schwierigen Kampf wurde auf der Mitgliederversammlung erneut zum Ausdruck gebracht.

Bisherige Regelungen für alle ostdeutschen Rentner sind nur von einer sich wiederholenden Strategie des Aussetzens von gesetzlichen Festlegungen für eine Anerkennung der Leistungen

ehemaliger DDR-Bürger und vom permanenten Schüren von Neiddebatten besonders in den alten Bundesländern gekennzeichnet. Der von den Bundesbehörden hintergründig angestrebten »biologischen Lösung« für die Bezüge der Ostrentner ist Einhalt zu gebieten. Das fadscheinige Argument von leeren Staatskassen für die fehlende Angleichung der Ostrenten an das Westniveau ist nicht akzeptabel, wenn Milliarden Euro für sinnlose Kriege und zur Rettung von Hauptaktionären von Privatbanken verschwendet werden.

Auf der Versammlung beschlossen die TIG-Mitglieder einen Brief an Bundespräsident Gauck zu senden. Darin wird an ihn appelliert, sich auch für die soziale Gerechtigkeit in der Rentenberechnung für ostdeutsche Bürger und zur Beseitigung der diskriminierenden Rechtsbestimmungen der §§ 6 und 7 des AAÜG einzusetzen. Wer ständig von Freiheit und Gerechtigkeit spricht, sollte auch willens sein, bei den gegenwärtig ungelösten Problemen der sozialen Gerechtigkeit ein aktives Engagement zu zeigen. Als historische Gedankenstütze wurde ein Auszug aus dem Abschlussdokument des westfälischen Friedens von 1648 beigefügt. Hier ging es u.a. um die Beseitigung von Feindseligkeiten, Feindschaften, Belästigungen oder Hindernissen hinsichtlich der Person, seines Standes, seines Besitztums, seiner Sicherheit. Aus den historischen Unterlagen des abgeschlos-

senen Westfälischen Friedens ist zu entnehmen, dass die bis dahin verfeindeten Kriegsparteien in ihren rechtsverbindlichen Festlegungen gerechter und humanitärer miteinander umgegangen sind als das seit dem Beitritt der DDR zur BRD der Fall ist.

Für die kulturelle Umrahmung unserer Versammlung sorgte ein Akkordeonorchester einer Magdeburger Musikschule. Die jungen Musiker trugen mit Enthusiasmus und künstlerischem Engagement ihr Repertoire vor. Bei bester Stimmung dankten wir mit langem Applaus für die musikalische Zeitreise.

Vorstand TIG Magdeburg



Gegenstand einer Beratung des Vorstandes der TIG **Chemnitz** mit dem Landesbeauftragten Horst Eismann am 26. April 2012 war die Auswertung der Information Nr. 14 / 2012 des Vorsitzenden Horst Parton, der Beratung des Vorstandes mit den Mitgliedern des Beirates vom 18.04.2012 und daraus abzuleitende weitere Aufgaben. An der Veranstaltung nahmen TIG-Vorsitzende aus Kreisen des Regierungsbezirkes teil.

Horst Eismann erläuterte den aktuellen Stand der juristischen Auseinandersetzung zur Aufhebung der Rentenstrafregelungen gem. § 7 AAÜG.

Dabei betonte er besonders jene Sachverhalte und Fakten die objektiv die Richtigkeit und Notwendigkeit unseres Kampfes auch weiter bestätigen und die Überzeugung festigen, dass die Nichtanerkennung während der Zugehörigkeit zu einem Sonderversorgungssystem in der DDR erworbener Rentenansprüche vom Grundgesetz nicht gedeckt ist.

Dazu verwies er auf das sozialwissenschaftliche Gutachten zu den Einkommens- und Qualifikationsstrukturen in den bewaffneten Organen der DDR, auf das verfassungsrechtliche Gutachten zum Sachverhalt und auf Stellungnahmen namhafter Juristen und Personen der Öffentlichkeit.

Horst Eismann hob hervor, dass wir in unserem Kampf nach wie vor Hilfe erhalten von der Partei DIE LINKE. Ebenso ist eine zunehmende Unterstützung durch Personen aus dem Bereich der Wissenschaft festzustellen.

Nicht unerwähnt blieb die Kritik des UNO-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in seinen »Abschließenden Bemerkungen« wegen Defiziten der Bundesrepublik bei der Umsetzung von Menschenrechten.

Die Ausführungen Horst Eismanns wurden von den anwesenden Vereinsfreunden als sehr hilfreich bezeichnet. Das um so mehr, als sich trotz der zahlreichen Sachinformationen der vergangenen Monate vereinzelt Zweifel an einem Erfolg unseres Kampfes (auch Austritte, die damit begründet wurden) zeigten.

Wir werden Wege für die Betreuung unserer Mitarbeiter, für stabile Informationsbeziehungen zwischen dem Vorstand und den Mitgliedern und umgekehrt beraten. Damit wollen wir sicherstellen, dass alle Fragen, die die Arbeit der TIG und des Vereins insgesamt betreffen, den Mitgliedern des Vorstandes bekannt werden und dass darauf konkret reagiert werden kann. Den Gruppenbetreuern muss durch die Mitglieder des Vorstandes noch konkreter Hilfe und Unterstützung gegeben werden. Der Vorstand der TIG wird seine Mitarbeit in Zusammenschlüssen von Sozialverbänden weiter entwickeln. Damit unterstützen wir gemeinsame Maßnahmen gegen Sozialabbau, gegen soziale Ungerechtigkeiten usw. und gewinnen Partner für unseren Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Auf einer weiteren Veranstaltung, der Mitgliederversammlung der TIG **Freiberg / Brand-Erbisdorf** am 27. April 2012, erläuterte ich den gegenwärtigen Stand unseres juristischen Kampfes gegen die Strafrentenregelungen nach § 7 AAÜG und informierte über den Inhalt der Beratung des Vorstandes mit den Mitgliedern des Beirates vom 18.04.2012 und orientierte auf weitere zu lösende Aufgaben. Grundlage bildete die Information Nr. 14/2012 des Vorsitzenden, Horst Parton.

Insbesondere verwies ich auf die Sachverhalte und Fakten, die unsere Überzeugung von der Notwendigkeit und Richtigkeit unseres weiteren Vorgehens festigen und unseren berechtigten Optimismus für einen positiven Ausgang unseres Kampfes stärken.

Das sind vor allem:

- Unser Vertrauen in die Arbeit des Vorstandes unseres Vereins und der Rechtsanwälte der Kanzlei Bleiberg;
- die fundierten Aussagen des sozialwissenschaftlichen und des verfassungsrechtlichen Gutachtens zum § 7 AAÜG;
- die Bewertungen der Rechtswidrigkeit der Regelungen des AAÜG, hier besonders des § 7 AAÜG durch namhafte Juristen auch aus westlichen Bundesländern;
- Inhalte der »Abschließenden Bemerkungen« des UNO-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des Wirtschafts- und Sozialrates über Defizite der Bundesrepublik bei der Durchsetzung von Menschenrechten;
- die breite Unterstützung unserer Forderungen durch die Partei DIE LINKE, durch Sozialverbände und Einzelpersonen.

Die Mitglieder unseres Vereins, die Angehörigen, Freunde und Sympathisanten müssen diese Argumente immer wieder aktuell vermittelt bekommen und sich selbst aneignen, damit die Geschlossenheit unseres Handelns jeder-

Aus der Arbeit des Vorstandes:

In einer außerordentlichen Beratung des Vorstandes am 16.05.2012, an der auch die Vertreter des Sprecherrates der IGA teilnahmen, informierten die Rechtsanwälte Dr. Bernfried Helmers und Benno Bleiberg über die inhaltlichen Schwerpunkte der von ihnen erarbeiteten und untereinander abgestimmten Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG.

Diese Verfassungsbeschwerden wurden am 18.05.2012 bzw. am 21.05.2012 fristgemäß beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht hat den Eingang der beiden Verfassungsbeschwerden zwischenzeitlich bestätigt und diese unter den Aktenzeichen 1BVR 1089/12 (Verfassungsbeschwerde Dr. Helmers) bzw. 1BVR 1090/12 (Verfassungsbeschwerde RA Bleiberg) registriert.

Beide Verfassungsbeschwerden stützen sich auf das sozialwissenschaftliche Gutachten des Brandenburgischen Institutes für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung e.V. zur »Einkommensentwicklung und Einkommensstrukturen der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS der DDR im Vergleich zu Segmenten des so genannten X-Bereiches (NVA und MdI) und zur Volkswirtschaft«, welches in Kooperation mit der Fachhochschule Frankfurt/Main erarbeitet wurde (Dr. Horst Miethe und Prof. Dr. Hans-Jürgen Weißbach) sowie auf das von Universitätsprofessor Dr. Dr. Detlef Merten erarbeitete verfassungsrechtliche Gutachten über »Probleme gruppengerechter Versorgungsüberleitung. § 7 AAÜG im Lichte des Grundgesetzes«.

Der Vorstand der ISOR, die Vertreter der IGA und die beauftragten Rechtsanwälte haben besonders hervor, dass nur das gemeinsame, kooperative und solidarische Auftreten zum Erfolg führen kann. Bestandteil und Ausdruck dieses Vorgehens ist auch, dass sich die Mandanten beider Anwälte gegenseitig vom jeweils anderen Anwalt mit vertreten lassen. Darüber hinaus haben beide Anwälte Ergänzungen zur Verfassungsbeschwerde des jeweils anderen Anwaltes erarbeitet und mit eingereicht.

zeit gewahrt bleibt. Wir brauchen in unserem Kampf weitere Verbündete, die wir sicher dort finden, wo Rentenungerechtigkeit und Sozialabbau vorherrschen. Hierzu sollten nochmals die Möglichkeiten der TIG und jedes einzelnen Mitgliedes genutzt werden. Dort, wo es sich anbietet, sollten Gespräche mit Intellektuellen,

>>> Fortsetzung von Seite 3

Wissenschaftlern, Juristen u.a. Personen der Öffentlichkeit gesucht werden. Nicht zuletzt sind nochmals alle Möglichkeiten zu nutzen, um weitere Mitglieder für unseren Verein zu gewinnen. In der Diskussion gaben Mitglieder ihre Zustimmung zur Lageeinschätzung und zu den ange regten Aufgaben und Maßnahmen. Sie sicherten ihre Unterstützung der Maßnahmen zu.

Peter Eichler, Vors. TIG Chemnitz

★

Das 11. Mal war die TIG **Stendal** mit einem Info- Stand zur Kundgebung des DGB im Stendaler Tiergarten vertreten. Neben **ISOR aktuell** 4/2012 fanden insbesondere Handzettel mit Aussagen von Bundestagsabgeordneten der SPD und von B90/DIE GRÜNEN in der Debatte des Bundestages am 26.01.1995 das Interesse der Besucher.

Des weiteren wurden eine Aufstellung der leitenden Mitarbeiter der Geheimdienste der BRD in den Gründerjahren, ein nicht veröffentlichter Leserbrief zu diesem Thema und die Erklärung des Willy-Brandt-Kreises vom Februar 2005 ausgelegt.

Der Info-Stand diente gleichzeitig der Vorbereitung des 12. Altmarktreffens der fünf TIG aus den Altmarkkreisen Salzwedel und Stendal am 15. September 2012 in Jeggeleben Kreis Salzwedel.

Sicher besteht bei vielen Freunden von außerhalb wieder die Absicht, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Diese melden sich bitte bis 05.09.2012 bei den Vorsitzenden der TIG Salzwedel oder Stendal.

Helmut Stefan

★

Am 3. Mai 2012 hat der Vorstand der TIG **Berlin-Hohenschönhausen** seine traditionelle Frühjahrsberatung mit allen Betreuern und weiteren Funktionären durchgeführt. Die Veranstaltung hatte das Ziel, die letzte Etappe des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht klar zu definieren und die Überzeugung und Motivation für die aktive Mitwirkung der Mitglieder bis zum endgültigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu fördern. Herzlich begrüßt wurde der Vorsitzende der ISOR Horst Parton. Er hat in seinen Ausführungen vor den Teilnehmern der Beratung sachlich und eindrucksvoll die gegenwärtige Lage nach den Urteilen des Bundessozialgerichtes vom 14.12.2011 geschildert, und die weiteren Schritte und Verfahrenswege dargelegt.

Der Landesbeauftragte für Berlin, Dr. Gerhard Dylla, hat Aufgaben und Schwerpunkte des Arbeitsplanes für das Jahr 2012 der TIG-Vorstände und Beiratsmitglieder im Landesbereich Berlin erläutert. Im Verlauf der von Sachlichkeit und Optimismus geprägten Beratung wurde an

vielen Beispielen verdeutlicht, dass es gerade jetzt darauf ankommt, die Einheit und Geschlossenheit der TIG zu stärken und ihre Kampfkraft zu erhöhen. Die wichtigste Aufgabe besteht jetzt darin, die Mitglieder für die aktive Mitwirkung weiter zu ermutigen und zu motivieren, Austritte zu verhindern und weiterhin neue Mitglieder zu gewinnen. Dafür sind das individuelle kameradschaftliche Zusammenwirken durch persönliche Kontakte und die sachbezogene Information entscheidende Faktoren. Die Teilnehmer der Veranstaltung haben erneut ihre Bereitschaft bekundet, den Kampf gegen das Rentenstrafrecht bis zum Schluss aktiv zu begleiten.

Das vom Vorsitzenden der TIG am Ende der Veranstaltung vorgetragene Gedicht ist Ausdruck des Willens der Teilnehmer und wurde mit Beifall aufgenommen. (Nebenstehend Kasten)

Aus der Postmappe:

In meiner Zuschrift beziehe ich mich auf den Leitartikel »Stasi-Unterlagengesetz« von Wolfgang Schmidt in **ISOR aktuell** 5/12. Nach dem Entzug meiner Invalidenrente 1990 und Jahren unter den Dämonen Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe lebend, begann ich 1993, als Schriftsteller, Publizist und Fachberater für Enzyklopädische Literatur tätig zu werden und das recht erfolgreich.

Meine Tätigkeiten ermöglichen mir vielfältige persönliche und berufliche Kontakte zu Führungskräften aus Wirtschaft, Politik, Kunst, Kultur, Wissenschaft insbesondere Naturwissenschaften, Bundeswehr, Polizei und, und zu knüpfen und auszubauen.

Jede meiner Kontaktpersonen wusste, wer ich war. Als Offizier, Akademiker und Mensch bekannte ich mich stolz zu meinem Leben. Trotz manchmal vorhandener grundsätzlich anderer, konträrer Grundauffassungen gab es von den meisten Dialogpartnern Zustimmung bzgl. einer sachlichen Bewertung / Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte, eingeschlossen 40 Jahre DDR.

Im wesentlichen decken sich meine Erfahrungen mit dem Inhalt obigen Leitartikels bzw. der Stellungnahme des RA Kleine-Cosack. Es ist an der Zeit, noch intensiver mit bürgerlichen Persönlichkeiten nach gemeinsamen möglichen Standpunkten zu suchen und zu popularisieren. Geistige Enge kommt einer geistigen Kastration gleich. Wir brauchen die Breite unseres Kampfes.

Adolf Eduard Krista, Worbis

★

Ich möchte unsere ISOR-Mitglieder durch einiges Erleben informieren, wie nach über 20 Jahren immer noch selbsternannte Historiker versuchen, Tatsachen über das MfS in Büchern verfälscht wiederzugeben.

Ein besonderer Verein

Wir sind nicht nur einfach Mitglieder in einem Verein, wir sind eine kampfstarken Gemeinschaft und wollen es auch sein. wir kämpfen für unsere Rechte mit großem Ziel, auch wenn Mancher noch kneift und nicht dabei sein will.

Den Trittbrettfahrern rufen wir zu, steigt ein, erleichtert Euer Gewissen, denn noch ist es nicht zu spät, müsst Ihr wissen. Es ist ehrenvoller zu kämpfen und vielleicht zu verlieren, als kampflos zu Lasten anderer den Erfolg zu kassieren.

Andere von uns sind des Kampfes müde und wollen raus, aber wer steigt aus dem Zug schon vor dem Bahnhof aus.

Wir sind für jede ehrliche Sympathie zugänglich und offen, weil wir unserem Kampf vertrauen und weiter berechtigt hoffen. Darum kämpfen wir gemeinsam aktiv ohne Verdruss, uneigennützig und mit Elan bis zum Schluss.

Klaus Schlegel

Mich suchte im Februar dieses Jahres ein solcher auf und bat um Unterstützung für ein Buch über den Arbeitsalltag und das Privatleben hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS der DDR. Er wolle ein historisches Sachbuch schreiben und keine ideologische Abrechnung mit der Vergangenheit vornehmen. Ihn interessiere, was sich tatsächlich hinter den Mauern einer KD und BV abgespielt habe.

Trotz innerlicher Zweifel stellte ich mich in einem mehrstündigen Gespräch seinen Fragen. Ich hatte und habe nichts zu verbergen, wenn es um die Wahrheit geht! Es war erschreckend, mit welchen naiven und verfremdenden Vorstellungen Personen sich anmaßen, die „Wahrheit“ über das MfS zu schreiben. Vor allem, wem sie Glauben schenken! Wenn es um die Wahrheit geht, wird den ehem. Beteiligten eher nicht geglaubt, weil es nicht in das vorgefertigte Schema passt.

Trotzdem brach ich das Gespräch nicht ab und nutzte die Möglichkeit, den Herrn mit den

>>> Fortsetzung auf Seite 5

>>> Fortsetzung von Seite 4

Tatsachen zu konfrontieren. Wie er allerdings die wahren Fakten verarbeiten würde, war nicht sofort zu erkennen. Meine Zusage erhielt er nur unter der Bedingung, mehr über sein bisher Geschriebenes zu erfahren. Leider bestätigte sich meine Befürchtung. Bereits in der Gliederung war die Absicht erkennbar. Beginnend mit der Formulierung »Stasi« bis hin zu den absurdesten Behauptungen wurden selbst offensichtliche Fakten, welche ich ihm im persönlichen Gespräch glaubhaft dargestellt hatte, als Unwahrheit interpretiert. Wiedergegebene Gesprächsinhalte mit einer Reihe anderer ehem. Mitarbeiter der verschiedensten Diensteinheiten werfen bei mir Zweifel auf, ob diese das Zitierte tatsächlich so gesagt haben. Nach Durchsicht des Buchentwurfes habe ich mich mit dem Autor über grundsätzliche Fragen und Detailprobleme telefonisch und schriftlich auseinandergesetzt. Einem persönlichen Gespräch ist er entgegen seiner ursprünglichen Zusicherung ausgewichen. Ich habe dann die Kommunikation abgebrochen.

Mit meiner Information möchte ich möglichst viele ehem. MfS-Mitarbeiter in Kenntnis setzen, was sie zu erwarten haben, falls sie von solchen »Historikern« aufgesucht und angeprochen werden.

Heinz Tischner, Quedlinburg

(Der Name der betreffenden Person ist der Redaktion bekannt.)

Auf dem Büchermarkt:

Prof. Dr. Erich Buchholz

Das DDR-Justizsystem – das beste je in Deutschland?

(Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2012)

396 Seiten, Preis 18,00 €

ISBN: 978-3-93982-94-5

Wer in diesem Land 30 Jahre alt ist, hat nur das Justizsystem dieses Landes kennen gelernt und diese Menschen gehen davon aus, dass alles, was ihnen auf diesem Weg begegnet, eben »rechtens«, also gut und richtig ist.

Dass es in diesem Deutschland noch zu ihrer Lebenszeit ein anderes Justizsystem gegeben hat, ist für sie keine Größenordnung. Jetzt gibt es ja nur das eine und daran ist nichts zu ändern. Erich Buchholz beantwortet in seinem Buch die Frage, welches der beiden Justizsysteme in Deutschland das bessere war. Er untersucht alle Bereiche der Justiz der beiden deutschen Staaten und weist nach, dass das Justizsystem eines Staates nicht neutral, aus sich selbst heraus zu erklären ist, sondern dass es in all seinen Bereichen bestimmt ist vom Charakter des Staates und der Gesellschaft. Und so ist es nicht verwunderlich, dass das Justizsystem der alten und nun der neuen BRD dem Justizsystem der Kaiserzeit und zum Teil auch der Nazizeit ähnlicher ist als dem Justizsystem der DDR. Es war und ist das Justizsystem eines Staates, in dem die Macht der Konzerne und Banken herrscht und so kommt der Autor zu dem Schluss, dass so, wie die DDR die bessere Gesellschaftsordnung war, auch das Justizsystem der DDR das historisch bessere war.

Das vorliegende Buch ist ein ausgezeichneter Wegweiser durch den Dschungel der Zuständigkeiten von Gerichten und damit ein Handbuch für den Umgang mit den Gerichten in diesem Land.

AG Recht informiert:

Neufassung des Widerspruchsmusters

Gegen die Entscheidungen des Bundessozialgerichtes vom 14.12.2011 zur Verfassungsmäßigkeit des § 7 AAÜG wurde im Mai 2012 Verfassungsbeschwerde eingelegt. Damit ist eine wichtige Etappe des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht abgeschlossen. Wegen der Begrenzung des anzurechnenden Arbeitseinkommens für ehemalige Mitarbeiter des MfS sind weiterhin Widersprüche zu führen. Gegen den Bescheid über die erstmalige Bewilligung einer Rente sollte nachfolgender Muster- text verwendet werden.

Adresse des Rentenversicherungsträgers

Datum

Versicherungsnummer:

*Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit lege ich gegen den Bescheid vom ...
Widerspruch ein.*

*Ich wende mich gegen die Minderung
meines Rentenanspruchs wegen der Entgelt-
begrenzung nach § 7 AAÜG. Zur Klärung,
inwieweit § 7 AAÜG verfassungswidrig ist,
ist Verfassungsbeschwerde eingelegt und
unter den Aktenzeichen 1 BvR 1089/12 und
1 BvR 1090/12 registriert.*

*Aus diesem Grund soll mein Widerspruchs-
verfahren ruhen, um die Entscheidung
abzuwarten.*

Unterschrift

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 30.05.2012

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.06.2012

Einstellung im Internet: 06.07.2012

Auslieferung: 12.07.2012

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 – Sekretariat

29 78 43 16 – Geschäftsführer

29 78 43 17 – AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr
sowie nach tel. Vereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr